

# Fallbeispiel - PPP

## Rathaussanierung Witten

Das Rathaus in Witten muss dringend saniert und umgebaut werden. Die Verwaltung hat daher im Januar 2011 die Vorlage 273 in den Rat eingebracht, durch die festgelegt wurde, im Folgenden externe Berater zur Planung und Wirtschaftlichkeitsanalyse einzuschalten und intern eine Lenkungsgruppe einzusetzen, die das Projekt begleiten soll.

Im Mai 2002 wurde dem Rat das Gutachten der Berater ASSMANN Zukunftsprojekt Rathaus Witten vorgelegt. Ende 2002 entschied der Rat mehrheitlich, die Sanierung des Rathauses als PPP-Projekt durchzuführen, da dies laut ASSMANN-Gutachten die wirtschaftlichste Variante sei.

Der wirtschaftliche Vorteil beruhte zu einem großen Teil auf der Annahme, dass bei diesem Bauprojekt der gleiche Effizienzvorteil zu erzielen sei, wie bei dem zuvor in Witten durchgeführten PPP-Projekt Schulsanierung. Man ging also von dem gleichen Effizienzvorteil von 7% gegenüber einer Eigenrealisierung aus.

Die Antiprivatisierungswerkstatt Witten, die von der Fraktion DIE LINKE 2010 ins Leben gerufen wurde, beschäftigt sich mit dem Ausverkauf der Stadt, PPP und Privatisierung. Sie konnte nachweisen, dass die als PPP durchgeführte Schulsanierung keineswegs wirtschaftlicher als eine Eigenrealisierung war, sondern in Wirklichkeit als finanzielles Desaster für die Stadt bezeichnet werden muss. Die Annahme, die Rathaussanierung sei als PPP die effizienteste Methode, da sich dies bei der Schulsanierung bewährt habe, war folglich hinfällig.

Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Pressemitteilungen, offene Briefe, Veranstaltungen und Kontakte zu anderen Fraktionen, Bürgerinitiativen und Unternehmern in Witten und durch ein im Beginn 2013 von der Fraktion Bürgerforum in Auftrag gegebenes Gutachten von GiB konnten genug Ratmitglieder überzeugt werden, dass diese im Juni 2013 die Entscheidung für PPP revidierten und sich eindeutig gegen PPP aussprachen.